

200 Seiten Erwartungsdruck

Kommentar zur Datenethikkommission

Die Datenethikkommission hatte alle Voraussetzungen um zu scheitern. Stattdessen hat sie der Regierung eine Liste vorgelegt, die weit über bisherige Empfehlungen hinausgehen. Nun muss die Große Koalition zeigen, dass dieses Gutachten nicht nur für die Schublade war. Ein Kommentar.

16 Mitglieder, die Hälfte davon Frauen, und ein Jahr Zeit. Selten hatte ein Gremium ein solches symbolisches Päckchen zu tragen wie die Datenethikkommission der Bundesregierung. Im Grunde muss man von einer Last sprechen. Egal, ob in der Strategie Künstliche Intelligenz oder bei kritischen Nachfragen zu Konsequenzen aus dem Cambridge-Analytica-Skandal: stets musste die Kommission als Joker herhalten.

Nicht weniger als die Grundlage für ein „neues Datenrecht“¹ sollte sie schaffen, versprach Kanzleramtsminister Helge Braun. Heute hat die Kommission ihr Abschlussgutachten vorgelegt. [Lest hier auch unsere Zusammenfassung des Gutachtens der Datenethikkommission: RegierungsberaterInnen fordern strengere Regeln für Daten und Algorithmen²; siehe Seite 46.]

Kommission statt Vision

Wie sie denn mit dem enormen Erwartungsdruck umgehen würden, hatten wir die Vorsitzenden im Mai 2019 auf der re:publica gefragt. Ihre charmante Antwort: „Mit Verdrängung“³. Was sollten sie auch sagen? Statt nach der Bundestagswahl 2017 Richtungsentscheidungen in der Daten- und Algorithmenpolitik⁴ zu treffen, vertagten CDU, CSU und SPD die Auseinandersetzung.

Die Unionsparteien hatten in ihrem Wahlprogramm Angela Merkels Mantra von „Daten als Rohstoff der Zukunft“ folgend ein Datengesetz angekündigt, das Wirtschaft und Behörden den Zugriff auf Daten erleichtern sollte. Auch die SPD betonte das wirtschaftliche Potenzial von Daten, kündigte aber diverse Maßnahmen zum Schutz von VerbraucherInnen an, etwa einen „Algorithmen-TÜV“ und strengere Regeln für Risikoscoreing.

Statt gemeinsamer Visionen setzte man also auf eine neue Kommission – typisch GroKo eben. Sie sollte „einen Entwicklungsrahmen für Datenpolitik, den Umgang mit Algorithmen, künstlicher Intelligenz und digitalen Innovationen“ erarbeiten, hieß es im Koalitionsvertrag. Die Ergebnisse sollten dann „Geschwin-

digkeit in die digitale Entwicklung bringen und auch einen Weg definieren, der gesellschaftliche Konflikte im Bereich der Datenpolitik auflöst“.



Meinungsmanipulation? Die Erde ist doch keine Kugel

Das neue Datenrecht ist das alte

Wie machen sich die Ergebnisse nun also im Vergleich zu diesen hoch gesteckten Zielen? Hinter vorgehaltener Hand – die Kommission entschied sich dafür, das fast 200 Seiten starke Gutachten vorab nicht mal der Presse zur Verfügung zu stellen – ließen manche Mitglieder bereits durchblicken: Der große Wurf wird es nicht. Wie sollte das innerhalb eines Jahres bei diesem breiten Themenzuschnitt auch gehen?

Und doch: Nach einer ersten Lektüre kann man sagen, dass das Gutachten durchaus wegweisend ist. Verständlich beschrieben und mit praktischen Beispielen untermauert, seziert es aktuelle Probleme und enthält sehr viele Vorschläge für konkrete Gegenmaßnahmen. Von denen könnte die Bundesregierung einige sofort umsetzen, viele müsste sie auf europäischer Ebene anstoßen.

Grob zusammengefasst sagt die Kommission: Das „neue Datenrecht“ sollte das alte sein – nur besser durchgesetzt und in

Chris Köver und Ingo Dachwitz

Chris Köver berichtet für *netzpolitik.org* über maschinelles Lernen, Digitale Gewalt und die Verletzungen der Grundrechte von Frauen, Geflüchteten und anderen marginalisierten Gruppen. Außerdem ist sie eine der Moderatorinnen des wöchentlichen *netzpolitik.org-Podcasts*. Chris ist eine der Gründerinnen des *Missy Magazine* und hat acht Jahre lang als Chefredakteurin das Magazin zum feministischen Zentralorgan aufgebaut. Sie gibt Schreib-Workshops an Journalistenschulen und Universitäten und hat zwei Sachbücher veröffentlicht. Kontakt: E-Mail⁵, OpenPGP⁶, Twitter⁷.

Ingo Dachwitz siehe Seite 53.

einigen Punkten konkretisiert und verschärft. Zumindest, was den Bereich der personenbezogenen Daten angeht. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung mehr dafür tun, dass öffentliche Daten von allen genutzt werden können, und dass Medizin und Forschung einen sicheren Rahmen haben, um mit Daten am Gemeinwohl zu arbeiten.

In Sachen algorithmischer Systeme geht das Gutachten weit über bisherige Empfehlungen hinaus. In einigen Teilen bleibt es vage, etwa bei der Frage, wie die algorithmengesteuerten Feeds von Social-Media-Plattformen und die Gefahr der Meinungsmanipulation eingehegt werden könnten. An anderen Stellen werden die Empfehlungen jedoch derart konkret, dass sie sich wie ein Handbuch für die Regierung lesen: „Richtig regieren im Informationszeitalter“. Noch deutlicher hätte das Gremium nur noch werden können, hätte es als Anhang gleich den Gesetzestext mitgeliefert. Das ist aber natürlich nicht die Aufgabe von Fachleuten, das müssen jene machen, die für den Job gewählt wurden.

Eine Frage des politischen Willens

Vieles von dem, was die Kommission empfiehlt, steht im Widerspruch zur ausschließlich marktorientierten Daten- und Algorithmenpolitik gerade der Unionsparteien. Dass CDU und CSU in Reaktion auf das Gutachten ihre politische Linie aufgeben, dürfte unwahrscheinlich sein. Genau so unwahrscheinlich ist es, dass die SPD die Kraft aufbringt, die empfohlenen Maßnahmen durchzusetzen.

Markus Beckedahl und Ingo Dachwitz

Überfälliger Wegweiser für die einen, Innovationsbremse für die anderen Reaktionen auf die Datenethikkommission

Wir haben Reaktionen auf den Abschlussbericht der Datenethikkommission gesammelt. Während Bundesregierung und Zivilgesellschaft positiv auf die Ergebnisse reagieren, warnen Lobbyverbände der Industrie vor „Regulierungswut“. Im Bundestag fällt das Echo positiv bis ambivalent aus.

Mittwoch hat die Datenethikkommission der Bundesregierung ihr Abschlussgutachten¹ vorgelegt. Die Kommission wurde vor einem Jahr gemeinsam vom Bundesinnenministerium und dem Justizministerium eingerichtet, um die kniffligsten Fragen zum Umgang mit Daten zu liefern und ethische Leitplanken zu steuern. Eine kürzliche Analyse zeigt: Das ist besser gelun-

Es wäre nicht das erste aufwendig erarbeitete netzpolitische Gutachten, dass die Bundesregierung im Schreibtisch verschwinden lässt. Das führt uns also wieder an den Ursprung des Problems: den fehlenden politischen Gestaltungswillen einer Großen Koalition, die nur deshalb noch zusammen hält, weil alle Beteiligten Angst vor Neuwahlen haben.

Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollten das Gutachten künftig trotzdem als Maßstab nehmen, an dem sie die Digitalpolitik der Bundesregierung messen.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2019/200-seiten-erwartungsdruck>

Anmerkungen

- <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diginomics/kanzleramtchef-helge-braun-kuendigt-neues-datenrecht-an-15507255.html>
- <https://netzpolitik.org/2019/regierungsberaterinnen-fordern-stroengere-regeln-fuer-daten-und-algorithmen/>
- <https://re-publica.com/en/session/weiter-datenpolitik>
- <https://netzpolitik.org/2017/der-netzpolitische-wahlprogramm-vergleich-teil-9-verbraucherschutz-und-digitale-souveraenitaet/>
- chris@netzpolitik.org
- <https://sks-keyserver.net/pks/lookup?op=get&search=0x5E598DD0D37B9F71A88DD92233D38859243016F9>
- <http://www.twitter.com/ckoever>



Der Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Christine Lambrecht³, liegt einer ersten Äußerung zufolge „viel daran, dass wir gemeinsam eine wertebasierte, menschenzentrierte und gemeinwohlorientierte digitale Zukunft gestalten, die niemanden zurücklässt und der die Menschen vertrauen können.“ Sie ist froh, „dass die Datenethikkommission sowohl ethische Leitlinien als auch konkrete rechtliche Handlungsempfehlungen“ vorgelegt hat. Sie will die Empfehlungen der Datenethikkommission „nun im Detail auswerten und bei unserem politischen Handeln berücksichtigen.“

Der Parlamentarische Staatssekretär Günter Krings aus dem Bundesinnenministerium möchte⁴, dass die Bürgerinnen und Bürger „selbstbestimmt mit dem digitalen Wandel umgehen“ können. Die Ergebnisse der Kommission leisten „einen wichtigen Beitrag“.

erschieden in der FIF-Kommunikation,
herausgegeben von FIF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fif.de

„Steilvorlage für die Zivilgesellschaft“

Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverband und Mitglied der Datenethikkommission sieht die Bundesregierung am Zug⁵ und wünscht sich, dass sie die Empfehlungen „so schnell wie möglich“ umsetze.

Lorenz Matzat hat für Algorithmwatch⁶ eine kurze Analyse geschrieben und beurteilt die Empfehlungen als „eine überfällige und substanzielle Diskussionsgrundlage“ und als „Steilvorlage für die Zivilgesellschaft“. Auch wenn er einige kritische Fragen hat: An dem Gutachten werde „man zumindest in Deutschland